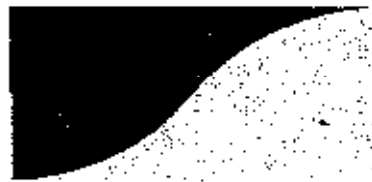


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telex: DB88846 ppbn d



## Inhalt

Fred Zander MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesfamilienminister, weist nach, daß die Union die Kürzung des Zusatztaschengeldes in der Sozialhilfe durchgesetzt hat: Die Opposition möchte sich aus der Verantwortung stehlen. Seite 1

Wolfgang Clement wirft den CDU-Sozialausschüssen vor, aus der konkreten Arbeitnehmerpolitik auszuschneiden: Schweigen bei der CDA. Seite 3

Heinz Rapp MdB begrüßt die Bundesratsvorlage für die KWG-Novelle: Versachlichung der Diskussion. Seite 4

Bernd Meyer fordert eine neue Diskussion über Bodenrechtsreform: Nicht tatenlos zusehen. Seite 6

Cert Weisskirchen MdB hält Rückblick auf zehn Jahre Fachhochschulen: Wichtige Säule unseres Hochschulsystems. Seite 7

Klaus Hänsch MdEP zur Ankündigung Michael Foots, Großbritannien werde aus der EG austreten. Seite 9

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 812-1

37. Jahrgang / 30

12. Februar 1982

Die Opposition möchte sich aus der Verantwortung stehlen

Kürzungen des Zusatztaschengeldes in der Sozialhilfe wurden von der Union durchgesetzt

Von Fred Zander MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Von Tag zu Tag lauter artikuliert sich der Unmut der Betroffenen über die zum 1. Januar 1982 in Kraft getretene Kürzung des zusätzlichen Taschengeldes für Sozialhilfeempfänger, die in Heimen leben und einen Teil der Heimaufenthaltskosten selbst tragen. Je lauter die Proteste werden, desto stiller werden diejenigen, die dafür die politische Verantwortung tragen. In den letzten Tagen melden sich sogar vermehrt Stimmen aus der CDU/CSU zu Wort, die der Bundesregierung das Kuckucksei der Taschengeldkürzung unterschieben wollen.

Angesichts derartiger Manöver erscheint es angebracht, an die Tatsachen zu erinnern:

- o Die Kürzungen wurden nicht von der Bundesregierung vorgeschlagen. Sie wurden der sozial-liberalen Koalition von der CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrates aufgezwungen.
- o Auch im Vermittlungsausschuß, der sich danach mit dem Sparpaket zu befassen hatte, hat bekanntlich ebenfalls die CDU/CSU die Mehrheit.



o Bei der Abstimmung im Bundestag über das Vermittlungsergebnis konnte es für die SPD und FDP nur noch darum gehen, entweder diese und einige andere von der Mehrheit erzwungenen Änderungen hinzunehmen, oder das gesamte Verhandlungspaket scheitern zu lassen.

Mit dem Nachweis der Vaterschaft für ungeliebte Kinder ist das so eine Sache! Die medizinische Wissenschaft bietet dafür komplizierte Verfahren an. Mit dem Vaterschaftsnachweis für die Sozialhilfekürzungen ist es glücklicherweise einfacher:

Es genügt nämlich ein Blick in das Protokoll der 507. Bundesratssitzung am 16. Dezember 1981, das unter anderem die Rede des Vertreters des Freistaates Bayern, des Staatsministers Streibl enthält. Nachdem Streibl für die unionsgeführten Länder beklagt hatte, daß das Spärpaket der Koalition zu viele Steuer- und Abgabenerhöhungen enthalte und zu wenig "Sparmaßnahmen im konsumtiven Bereich", kam er stolz auf die (so wörtlich) "von der Union durchgesetzten Minderausgaben bei der Sozialhilfe" zu sprechen. Dies ist wohl unmißverständlich und entspricht im übrigen voll den Tatsachen! Zu einer Legendenbildung ist also kein Raum.

Daß die CDU/CSU, angesichts der Protestwelle gegen die Kürzungen bei der Sozialhilfe offenbar Angst vor der eigenen Courage bekommt und sich aus ihrer Verantwortung davonstehlen möchte, ist zwar verständlich, kann aber keineswegs hingenommen werden.

Ein bezeichnendes Licht auf die Doppelbödigkeit der Unions-Strategie wirft auch die Tatsache, daß der CDU-Vorsitzende Kohl in dieser Woche auf einer Pressekonferenz auf die hartnäckigen Fragen von Journalisten, wie denn die CDU ihr beschäftigungspolitisches Programm finanzieren wolle, ungeniert weitere Kürzungen im sozialen Bereich forderte.

Wer den traurigen Mut aufbringt, Einsparungen auf dem Rücken der sozial Schwächsten vorzuschlagen, um Besserverdienende ungeschoren zu lassen, der sollte zu seiner Politik auch stehen, wenn es dann Proteste hagelt. (-/12.2.1982/ks/ca)

+ + +



Schweigen bei der CDA

Die CDU-Sozialausschüßler steigen aus der Arbeitnehmerpolitik aus

Von Wolfgang Clement  
Sprecher des SPD-Parteivorstandes

In der Diskussion um die "Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Stabilität und Wachstum" der Bundesregierung spielen die Sozialausschüsse der Union eine besonders traurige Rolle. Das soziale Gewissen der CDU/CSU, als das sich die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft gern selbst bezeichnet, ist offenkundig eingeschlagen.

Noch eben im Bundestag, am 21. Januar, hatte Norbert Blüm, der die CDA seit dem Wahlkampf 1980 schrittweise auf den Kurs eines "veredelten Sonthofen" geführt hat, davon gesprochen, daß wir im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit "ein großes Bündnis" von Bund, Ländern und Gemeinden, Parteien und Tarifpartnern benötigen. Bekanntlich will die Gemeinschaftsinitiative der Bundesregierung nun genau dies. Doch jetzt wird sie von der Opposition, ohne einen irgendwo vernehmbaren Widerspruch Blüms oder anderer Sozialausschüßler, blockiert.

Dabei ist es schon volkswirtschaftlicher Unfug, daß eine für das nächste Jahr vorgesehene einprozentige Mehrwertsteuererhöhung Arbeitsplätze vernichten könne, wie die Union ihre "Nein-Sager-Position" zu rechtfertigen versucht. Noch platter ist indes die Behauptung des Hauptgeschäftsführers der CDA, Heribert Scharrenbroich, daß es CDU und CSU darum gehe, die "unsozialen Steuererhöhungspläne" der Koalition über den Bundesrat zu stoppen.

Was Scharrenbroich unterschlägt, das sind die Finanzierungspläne, die die CDU/CSU stattdessen fordert, wenn sie auch nur bruchstückhaft bekanntgegeben und in den Veröffentlichungen und Flugblättern der Unionsparteien schamhaft verschwiegen werden: Sie sehen Kürzungen des Arbeitslosengeldes und massive Streichungen bei Schüler-Bafög vor.

Davon hatte Norbert Blüm im Bundestag allerdings auch gesprochen, daß wir gegen die Arbeitslosigkeit "ein Bündnis der Solidarität zwischen Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen" brauchen. Doch heute, wo es darauf ankommt und gepfiffen werden muß, sollen nach dem Willen der Union die Arbeitslosen den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit allein bezahlen. Wo bleiben jetzt die Stimmen Blüms und der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft? Sie schweigen.

Die CDA ist auf dem besten Wege, aus der konkreten Arbeitnehmerpolitik auszusteigen. Dies zeichnete sich bereits auf dem jüngsten Bundeskongreß der Sozialausschüsse ab, als Norbert Blüm inmitten wachsender Arbeitslosigkeit ein hehres Frau-und-Mutter-Bild hervorzubereitete und damit eine ganze Konferenz nasführte. Heute versteigt sich Scharrenbroich zu dem Satz, für die Arbeitnehmer sei es "beruhigend zu erfahren", daß die unionsgeführten Landesregierungen, die allesamt zur "Offensive gegen soziale Ungerechtigkeit" angetreten seien, die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer verhindern wollten. Über die Notwendigkeit, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, und dies notfalls auch mit dem keineswegs überwältigenden Opfer einer einprozentigen Mehrwertsteuererhöhung zu tun, verliert Scharrenbroich keine einzige Silbe.

Doch die CDA-Sprecher sollten sich keinen Täuschungen hingeben: Die Augen vor dem Problem der Arbeitslosigkeit zu verschließen, befreit nicht von Mitverantwortung. Die Sozialausschüsse werden daran zu erinnern sein, wenn die Gemeinschaftsinitiative tatsächlich an der Blockade-Politik der Unionsparteien im Bundesrat scheitern sollte. Sie werden dann für jeden weiteren Arbeitslosen mit haftbar sein. (-/12.2.1982/ks/ca)

+ + +



Mittlere Linie für KWG-Novelle

Die Bundesrats-Vorlage dient der Versachlichung der Diskussion

Von Heinz Rapp MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises  
Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundesrat hat seine Meinung zur Neubestimmung des Eigenkapitalbegriffs nach dem Kreditwesengesetz gebildet. Die Bundesregierung wird den heutigen Beschluß des Bundesrats bei der Formulierung ihres Gesetzentwurfes mit zu bedenken, der Bundestag wird ihn in seine Erwägungen einzubeziehen haben.

Wer die diffizilen Interessenkonflikte zwischen den drei großen Gruppen des deutschen Kreditgewerbes - Privates Bankgewerbe, Sparkassenorganisation, Kreditgenossenschaften - kennt (und die partiellen Koalitionen in diesem Interessengeflecht dazu), wer darüber hinaus noch die ordnungspolitischen und teilweise ideologischen Gegensatzpositionen mit in Betracht zieht - der wird den Bundesrat wegen des offensichtlichen Kompromiß-Charakters seines Lösungsentwurfs nicht tadeln wollen. Es soll den Sparkassen die Quantifizierung der Gewährträgerhaftung bis zu 20 Prozent des Eigenkapitals gestattet werden - diese Lösung freilich eingebunden in die übergreifende Regelung, daß allen Institutsgruppen Eigenkapital-Surrogate bis zu 20 Prozent des Eigenkapitals zugestanden werden, die entweder durch quantifizierte Gewährträgerhaftung (den Sparkassen möglich) oder durch den Haftsummenzuschlag (den Kreditgenossenschaften möglich) oder durch nachrangiges Haftkapital (in erster Linie den privaten Banken möglich) oder aber durch einen Mix der Möglichkeiten ausgefüllt werden kann; Sparkassen werden also die Wahl haben zwischen der Gewährträgerhaftung und dem nachrangigen Haftkapital beziehungsweise einer Mischung von beidem - bis zur Gesamthöhe von 20 Prozent des Eigenkapitals. Die Eigenkapital-Surrogate sollen im Laufe von vier Jahren anwachsen können.

Daß in diesem Konzept des Bundesrats der Haftsummenzuschlag der Kreditgenossenschaften auch insoweit unangetastet bleiben soll, als er 20 Prozent des buchmäßigen Eigenkapitals übersteigt, wird gewiß zu weiteren streitigen Auseinandersetzungen zunächst zwischen den Institutsgruppen führen.

Wer versuchen wollte, die jetzt abgeschlossene Willensbildung des Bundesrats in das A-Länder/B-Länder-Schema zu packen, würde sich wundern: Es paßt nicht.

Mag der Beschluß des Bundesrats in einem oft unübersichtlichen Prozeß der Meinungsbildung weitgehend unter taktischen Gesichtspunkten und als Kompromiß zustande gekommen sein, so ist das Ergebnis doch auch in sachlicher Hinsicht beachtlich. Es gibt da zu den im Bundesfinanzministerium erarbeiteten Vorstellungen Anklänge und Übereinstimmungen. Das Bundesfinanzministerium hat ja zusätzlich die puristischen Auffassungen der Bundesbank zu berücksichtigen, die sich auf den Bankenstrukturbericht ("Geßler-Bericht") stützt: Keinerlei Eigenkapital-Surrogate! Daß diese "reine Lehre" auch im Bundeswirtschaftsministerium Anhänger hat, ist kein Geheimnis.

Das letzte Wort zum Kreditwesengesetz hat der Bundestag - wer da in den Verhandsgesprächen bisher eine "mittlere Linie" vertreten hat, wird sich bestätigt finden. Zur



Forderung der Sparkassenorganisation nach einer 50prozentigen Quantifizierung der Gewährträgerhaftung konnte die vertretbare Antwort nur immer lauten: Weder "alles noch nichts" - mancher mag sich heute wünschen, bisher weder "alles" noch "nichts" gesagt zu haben. Der geschätzte Kollege Dr. Rudolf Sprung MdB, Fachmann der CDU/CSU-Fraktion, sieht sich sogar dabei ertappt, vor unterschiedlichen Adressaten den jeweiligen Erwartungen nachgekommen zu sein: Vor dem einen Auditorium beschwor er gegen Eigenkapital-Surrogate schlechthin die ganz große Inflationsgefahr, vor dem anderen fand er "alles", die Maximalforderung der Sparkassenorganisation also, gerechtfertigt.

Das geht jetzt nicht mehr, die Vorlage des Bundesrats wird auf jeden Fall der Versachlichung der Diskussion dienen. Für den weiteren Weg der Gesetzgebung würde es förderlich sein, wenn die unterschiedlichen Verbandsinteressen nicht für und gegen jedwede Lösung als letztes "Argument" die Drohung mit dem Bundesverfassungsgericht ins Feld führten.

Ein Mangel der Bundesratsinitiative muß hier noch festgehalten werden: Die Neubestimmung des haftenden Eigenkapitals der Kreditinstitute darf nicht abgekoppelt werden von einer gesetzlichen Regelung der Konsolidierung der Bilanzen von Auslandstöchtern deutscher Kreditinstitute in die Bilanzen der Mutterinstitute. Beide Problembereiche sind aufeinander bezogen, der Gesetzesentwurf der Bundesregierung wird sie wieder zusammenführen müssen.

(-/12.2.1982/va-he/ca)



Nicht tatenlos zusehen  
-----

Die Diskussion über Bodenrechtsreform muß wieder in Gang kommen

Von Bernd Meyer

Senator für das Bauwesen der Freien und Hansestadt Bremen

Es ist zweifelsohne ein erfreulicher Fortschritt, wenn nach jahrelangem ergebnislosen Bemühen nunmehr die Abgabe für die Mieter durchgesetzt werden konnte, die aufgrund ihres Einkommens aus der Forderungsberechtigung im sozialen Wohnungsbau gewachsen sind. Bremen hat als erstes Bundesland mit der Einführung der Fehlbelegungsabgabe für die Sozialwohnungen ab 1967 Maßstäbe gesetzt. Aber so wichtig es ist, schon aus Gründen der Gerechtigkeit die Förderung von Nichtbedürftigen endlich einzustellen, so daß die Mietbelastungen der großen Mehrheit der Sozialmieter nicht zum Spielball ideologischer Schaukämpfe der Parteien gemacht werden - Vorschläge aus FDP und CDU, die von mehr Markt im sozialen Wohnungsbau reden und somit die Mieter unzumutbar zur Kasse bitten, halte ich für falsch.

In einer Zeit, die nicht nur durch Hochzinspolitik, sondern auch durch grundlegende Strukturveränderungen geprägt ist, kann es uns nicht gleichgültig lassen, wenn Tausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel stehen. Aktuell kann hier nur ein Beschäftigungsprogramm helfen, das in erster Linie auch der Bauwirtschaft zugute käme und darüber hinaus für die gesamte Wirtschaft in der Bundesrepublik Multiplikator-Effekt wäre.

Wer über die Kostenlawinen im Wohnungsbau klagt, muß sich fragen lassen, ob er jede Möglichkeit der Kostenminderung nutzen will. In Bremen haben wir, soweit es nur möglich war, kostenverursachende Vorschriften entschlackt. Aber die enorm gestiegenen Grundstückpreise in den letzten Jahren auch in Bremen sind für mich Anlaß, eine Wiederaufnahme der Diskussion über die Bodenrechtsreform in der Bundesrepublik zu fordern. Es kann nicht angehen, daß wir tatenlos zusehen, wenn durch staatliche Planung private Gewinne gewaltigen Ausmaßes möglich werden, daß aber der Staat zugleich bei Planungsänderungen von den Grundstückseigentümern zur Kasse gebeten wird. Wer das private Bauen, wer das Familienheim nicht auf Dauer nur für wenige Privilegierte erschwinglich machen will, wird an einer wirksamen Bodenrechtsreform nicht vorbeikommen.

(-/12.2.1982/hi/ca)



Seit zehn Jahren FachhochschulenWichtige Säule unseres Hochschulsystems

Von Gert Weisskirchen MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Die Fachhochschulen bestehen seit zehn Jahren. Um eine Zwischenbilanz zu ziehen, haben wir mit den FDP-Bildungspolitikern eine Kleine Anfrage der Situation der Fachhochschulen an die Bundesregierung gestellt. Die Antwort der Bundesregierung liegt nun vor, und es wird deutlich, daß die Fachhochschulen seit langem ein Schwerpunkt sozial-liberaler Hochschulpolitik sind. Sichtbar wird dieses in der Einbeziehung der Fachhochschulen in die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, ihre statusrechtliche Aufwertung zu Körperschaften des öffentlichen Rechts (Hochschulrahmengesetz), der Diplomierung ihrer Absolventen, der Überleitung der Fachhochschullehrer in Professorenämter und ihrer Einbeziehung in die C-Besoldung.

Die Fachhochschulausbildung wird von den Schulabsolventen heute als eine echte Alternative im tertiären Ausbildungssystem angenommen. Dies zeigt die steigende Zahl von Abiturienten unter den Studienanfängern, deren Anteil bereits bei knapp 40 Prozent liegt.

Hier einige Zahlen:

- Die Studentenzahl an den Fachhochschulen in der Bundesrepublik Deutschland ist von 119.000 im Jahre 1971 auf 202.000 1980 gestiegen.
- Die Zahl der Studienanfänger entwickelte sich von 36.000 auf 56.000.
- Die Zahl der Stellen für wissenschaftliches Personal erhöhte sich von 7.700 auf 9.000.
- Im Wintersemester 1980/81 gab es insgesamt 115 staatliche und private Fachhochschulen, an denen - teilweise untergliedert - 16 Fachrichtungen studiert werden konnten.

Auch haben die Fachhochschulen eine große Bedeutung im Hinblick auf die Verbesserung der Ausbildungschancen bisher bildungsferner Bevölkerungsschichten.

Beispielhaft liegt die Bedeutung von Fachhochschulen in der besonders praxisbezogenen Ausbildungs-, Forschungs- und Entwicklungsarbeit. Damit haben Fachhochschulen eine große Bedeutung für die von Bund und Ländern angestrebte Ausweitung und Differenzierung des Ausbildungsangebots im Hochschulbereich.

Die Antwort der Bundesregierung liefert unter vielen hilfreichen Daten folgende Erkenntnisse:

Zugangswege zu Fachhochschulen

Die Zugangswege zur Fachhochschule sind vielfältig und in den Ländern zum Teil unterschiedlich geregelt. In Länderabkommen aus den Jahren 1968/69 wurde neben der Einführung von Fachhochschulen auch die von Fachoberschulen vereinbart, die auf das Fachhochschulstudium vorbereiten sollen. Der Zugang zur Fachhochschule setzt nach den Ländervereinbarungen den Realschul- oder einen gleichwertigen Abschluß voraus.

Die Bundesregierung betont ausdrücklich, daß die Vielfalt der Zugangswege zu den Fachhochschulen außerhalb des Abiturs zu begrüßen ist. Die Tatsache, daß die zahlreichen Wege auch wirklich genutzt werden, zeigt die besondere Bedeutung der Fach-



hochschulen für die Verwirklichung von Bildungschancen. Im Interesse der Chancengleichheit und der Mobilität über die Ländergrenzen hinweg sollten allerdings die wichtigsten Zugangswege zur Fachhochschule, vor allem die Fachoberschule, in ihren beiden Formen, in allen Ländern angeboten und die Abschlüsse gegenseitig anerkannt werden.

#### Ausbildungsförderung

Die Ausbildungsförderung hat gerade bei den Fachhochschulen ein Mehr an Chancengleichheit im Bildungswesen gebracht. Sie hat auch bei Kindern, deren Eltern selbst keine Hochschulausbildung durchlaufen haben, eine höhere Bildungsbeteiligung möglich gemacht, wie sich insbesondere am höheren Anteil der Arbeiterkinder zeigt. Diese positive Entwicklung beruht entscheidend auf der 1969 eingeführten Ausbildungsförderung für Schüler. Ohne sie wäre Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien der Zugang zu weiterführender Bildung und zum Studium bereits im Vorfeld erheblich erschwert. Die Ausbildungsförderung hat sich als gezielte Entlastung für Familien mit niedrigerem Einkommen beziehungsweise mehreren Kindern erwiesen.

#### Zukünftige Ausgabenschwerpunkte der Fachhochschulen

Der Bundesbildungsminister betont insbesondere, daß die künftigen Aufgabenschwerpunkte der Fachhochschulen vor allem auf fünf Gebieten liegen:

- im Angebot und in der weiteren Verbesserung einer besonders praxisbezogenen wissenschaftlichen Ausbildung in einem Studiengang von drei Jahren;
- in der Erweiterung der Zugangswege zu dieser Ausbildung;
- im Technologietransfer, und hier in der wissenschaftlichen Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen der jeweiligen Region;
- im Ausbau eines speziellen Studienangebotes für Studenten aus Entwicklungsländern;
- in der Weiterbildung.

#### Beschäftigungssituation von Fachhochschulabsolventen

Aufgrund der gegenwärtig verfügbaren Daten läßt sich die Beschäftigungssituation von Fachhochschulstudenten im Vergleich zu Absolventen von wissenschaftlichen Hochschulen nur mit Einschränkung beantworten. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß bei Hochschulabsolventen ein größerer Teil von Angebot und Nachfrage nicht über die Bundesanstalt für Arbeit mit ihren Fachvermittlungsstellen läuft, das heißt daß der Einschaltungsgrad der Fachvermittlungsstellen bei Bewerbungen und Einstellungen tendenziell niedriger ist als bei sogenannten nicht-akademischen Berufen. Die amtliche Statistik ist mithin nur ein Teil des tatsächlichen Arbeitsmarktgeschehens. Aufgrund Sonderuntersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit (Strukturanalyse), die jeweils im September eines jeden Jahres durchgeführt werden, ergibt sich folgendes Bild:

Insgesamt rund 42.000 im Jahr 1980 (59.866 in 1981) arbeitslosen Hochschul- und Fachhochschulabsolventen standen rund 19.000 offene Stellen gegenüber. Von den arbeitslosen Absolventen hatten 13.600 (18.999) einen Fachhochschulabschluß und 28.300 (40.867) einen Hochschulabschluß. Gemessen an der Gesamtzahl der abhängig beschäftigten Erwerbspersonen der entsprechenden Ausbildung betrug die sogenannte qualifikationsspezifische Arbeitslosenquote bei den Fachhochschulabsolventen 2,4 Prozent, bei den Hochschulabsolventen 2,2 Prozent.

Es zeigt sich, daß von Arbeitslosigkeit unter den Fachhochschulabsolventen die sozialpflegerischen Berufe sowie Ingenieure besonders betroffen sind. Bei den Hochschulabsolventen sind es die Lehrer.

Abgesehen von der Vielzahl an Daten und Erkenntnisse ist die Situation:

Den Fachhochschulen muß es auch weiterhin gelingen, ein lebendiger Partner ihrer Studenten zu sein und dieses Bild auch in der Öffentlichkeit zu vermitteln. Wenn dieses gelingt, wird dies in Zukunft die Bedeutung stärken. Die Bildungspolitik kann hierfür nur die Voraussetzungen schaffen. Sozialdemokraten haben dies in der Vergangenheit getan und werden es im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch weiterhin tun.

(-/12.2.1982/bgy/ca)





Reisende soll man nicht aufhalten  
-----

Für Michael Foot ist der EG-Austritt Glaubensbekenntnis

Von Klaus Hänsch MdEP

Mitglied des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments

Der britische Oppositionsführer Michael Foot hat vor der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments erneut bekräftigt, daß Großbritannien die Europäische Gemeinschaft bei einem Labour-Wahlsieg unverzüglich verlassen werde. Neue Argumente konnte er zu dem schon Bekannten nicht hinzufügen: Die EG erlaube es Großbritannien nicht, seine wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen; sie beeinträchtige die britische Demokratie; die Gemeinschaft sei nicht reformierbar und schließlich gebe es genug Beispiele dafür, daß man auch außerhalb der EG existieren könne. Neu war allerdings der unverholene Appell an die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der EG, sie sollten einem von Labour geführten Großbritannien beim Austritt helfen.

Erneut zeigte sich, daß Labour mit Argumenten nicht zu beeindrucken ist. "Nichts wird unseren Beschluß umstoßen", versicherte Foot - ein neues Referendum werde es nicht geben - also auch keine öffentliche Debatte darüber, daß die Europäische Gemeinschaft kein Krämerladen ist, in dem man nach Belieben ein- und austreten kann. Schlicht ignoriert wird auch von Michael Foot und seinen Genossen, daß Großbritannien ohne die Europäische Gemeinschaft keinen Einfluß mehr auf den Welthandel haben wird und daß selbstverständlich auch die positive Entwicklung des britischen Exports in die EG gestoppt würde. Daß Großbritannien auch außerhalb der EG nicht losgelöst von der wirtschaftlichen Abhängigkeit zu dieser Gemeinschaft sein wird, erkennen die Genossen von der großen Insel gleichfalls nicht.

Es gibt einen Dissens in der Grundeinstellung zur Lösung der politischen Probleme der Gegenwart und Zukunft. Die kontinentalen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien erkennen, daß sich eine Reihe von Problemen nur noch gemeinsam lösen läßt. Sie wissen, daß die Staaten Europas einzeln kaum noch Gewicht im Konzert der aufstrebenden Nationen haben. Die Labour Party aber meint, allein käme sie besser zurecht: Ein sozialistisch-nationaler Weg oder das Wiederaufleben des 1940-Syndroms?

Es zeigt sich mit aller Deutlichkeit: Der Austritt aus der Gemeinschaft ist für Labour zu einem Glaubensbekenntnis geworden. Die Bereitschaft zu Konzessionen, das Eingehen auf britische Wünsche und Vorstellungen wird daran nichts ändern. "Reisende Leute soll man nicht aufhalten", sagt ein deutsches Sprichwort. Deshalb sind die britischen Labour-Führer rechtzeitig vor Illusionen über "Austrittsverhandlungen" zu warnen. Die Europäische Gemeinschaft wird ein Großbritannien unter einer Labour-Regierung nicht halten können. Darauf sollte sich die Gemeinschaft einstellen.

Die Europäische Gemeinschaft wird das überleben. Sicherlich ist sie, so wie sie heute strukturiert ist, keine sozialdemokratische Einrichtung. Mit ihren Fehlern und Versäumnissen ist sie keinem Sozialisten aus dem Herz gewachsen. Wie mit ihr umzugehen ist, machte der französische Sozialist Gérard Jaquet in der Debatte mit Michael Foot deutlich: "Wir bleiben in der Gemeinschaft, weil wir sie verändern wollen." Voilà!

(-/12.2.1982/ks/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

